Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1162
21. 04. 95

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 26. April 1995

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Kurt-Dieter Grill** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Aussage der Umweltministerin des Landes Niedersachsen, Monika Griefahn, vom 23. Februar 1995 vor dem Landtag in Niedersachsen bestätigen, wonach der Bund beabsichtige, die Mittel für den Küstenschutz zu streichen, mit der Begründung, dies sei allein „Sache der norddeutschen Küstenländer"?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

2. Abgeordnete **Petra Ernstberger** (SPD)

Bestehen seitens der Bundesregierung/des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung Überlegungen, und falls ja, welche, die seit 1. Oktober 1993 geltende Bemessung ausländischer Werkvertragsarbeitnehmer im Baugewerbe an der Beschäftigungszahl des deutschen Vertragspartners (Quotierung) auf andere Branchen und/oder andere Arbeitnehmerkategorien (Gastarbeitnehmer, Saisonarbeitnehmer, Grenzarbeitnehmer) zu erweitern?

3. Abgeordnete **Petra Ernstberger** (SPD)

Halten die Bundesregierung/das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung die Kontrollinstrumentarien zur Bekämpfung der illegalen Ausländerbeschäftigung und unerlaubten Arbeitnehmerüberlassung quantitativ und qualitativ für ausreichend?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

4. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Wodarg** (SPD)

Trifft die Auskunft des Bundesministeriums für Gesundheit zu, daß ein Forschungsschwerpunkt Suchtprävention zur Zeit nicht existiert, und teilt die Bundesregierung mit mir die Auffassung, daß die Ankündigung eines solchen Forschungsprogramms durch Bundesminister Horst Seehofer bis heute auf seine Realisierung wartet?

5. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Wodarg** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Beschreibung des von der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Sabine Bergmann-Pohl zitierten BMFT-Förderschwerpunkts in der von ihr angeführten Zeitschrift „Sucht", daß zur Zeit nur ein einziges Projekt zur Drogenprävention gefördert wird, und was gedenkt die Bundesregierung zur Abhilfe dieses skandalösen Zustands zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

6. Abgeordnete **Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was tut die Bundesregierung, um die Bürgerinnen und Bürger vor explodierenden Abfallgebühren durch den Zubau von überhöhten Müllverbrennungskapazitäten zu schützen, und sollen mit Hilfe der Technischen Anleitung (TA) Siedlungsabfall Verbrennungskapazitäten aufgebaut werden, um die Restmüllmenge wieder ansteigen zu lassen?

7. Abgeordnete **Monika Ganseforth** (SPD)

Aus welchen Gründen ist der Transport des Castor-Behälters vom baden-württembergischen Atomkraftwerk Philippsburg ins Zwischenlager Gorleben vor dem Fortgang der Energiekonsensgespräche erforderlich, und was wären die Folgen einer Verschiebung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

8. Abgeordneter **Reinhold Robbe** (SPD)

Wie hoch ist das Gesamtvolumen der Hermes-Bürgschaften für das Jahr 1994, und wie setzten sich die Anteile der Hermes-Bürgschaften nach den Ländergruppen westliche Industrieländer, osteuropäische und GUS-Staaten und Entwicklungsländer prozentual zusammen?

9. Abgeordneter **Reinhold Robbe** (SPD)

Ist das Gesamtvolumen der Hermes-Bürgschaften und der Anteile der Geschäfte mit Entwicklungsländern an den Gesamtzusagen im Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 1994 seit der Neuregelung des Entgeldsystems im Vergleich zum gleichen Zeitraum der Vorjahre ab 1990 zurückgegangen, und wenn ja, um wie viele?

10. Abgeordneter **Dr. Ingomar Hauchler** (SPD)

Wie hoch ist das Gesamtvolumen bei den Hermes-Bürgschaften für militärische Ausfuhrgeschäfte im Jahr 1994, und welche Länder sind die Hauptabnehmer der mit Hermes-Bürgschaften abgesicherten Rüstungsexporte?

11. Abgeordneter **Dr. Ingomar Hauchler** (SPD)

Nach welchen Kriterien wird die Einstufung der einzelnen Länder vorgenommen, und wie wird diese Einstufung überprüft?

12. Abgeordneter **Dr. Peter Ramsauer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Unterstellungen der Stromwirtschaft, namentlich von der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), das Stromeinspeisungsgesetz sei verfassungswidrig?

13. Abgeordneter **Dr. Peter Ramsauer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die um sich greifende Praxis von Elektrizitätsversorgungsunternehmen, unter Berufung auf eine angebliche Verfassungswidrigkeit des Stromeinspeisungsgesetzes den auf das Stromeinspeisungsgesetz entfallenden Anteil an der Einspeisevergütung nur unter dem Vorbehalt der Verfassungsmäßigkeit des Stromeinspeisungsgesetzes zu bezahlen?

14. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Ist es richtig, daß in letzter Zeit deutsche Leopard-Panzer nach Kroatien geliefert wurden, wie das österreichische Nachrichtenmagazin „Profil" in der Nummer 9 vom 27. Februar 1995 meldet, und auf welcher rechtlichen Basis ist ggf. diese Lieferung erfolgt?

15. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von anderen als genehmigten Lieferungen deutscher Leopard-Panzer nach Kroatien, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, solche Lieferungen zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

16. Abgeordnete **Jutta Müller (Völklingen)** (SPD)

Trifft es zu, daß im Bundeswehrstandort Bovigny in Belgien, wo 1993 insgesamt 15 Soldaten stationiert waren, anläßlich des Jahresempfangs 1993 etwa 400 Gäste mit einem Kostenaufwand von 98000 DM bewirtet wurden, und trifft es zu, daß während einer sechswöchigen Planungsphase täglich 15 Personen mit der Vorbereitung dieses Festes beschäftigt waren?

17. Abgeordnete **Jutta Müller (Völklingen)** (SPD)

Welche Ergebnisse hat die Überprüfung von Beschwerden über den Verdacht der Unterschlagung, Strafvereitelung und Nötigung im Bundeswehrmaterialdepot Bovigny in Belgien durch Staatssekretär Dr. Peter Wichert erbracht, und welche Konsequenzen werden aus diesen Ergebnissen gezogen?

18. Abgeordnete **Hildegard Wester** (SPD)

Wie beurteilt der Bundesminister der Verteidigung die Überprüfung von Organisation und Finanzierung des Jahresempfangs 1993 am Bundeswehrstandort Bovigny/Belgien durch das Streitkräfteamt im Hinblick auf die Tatsache, daß der damalige Leiter sowie weitere Mitarbeiter des Streitkräfteamtes am Jahresempfang teilgenommen haben, und sieht der Bundesminister der Verteidigung eine vorurteilsfreie und objektive Prüfungsfunktion gewährleistet?

19. Abgeordneter **Hans Büttner (Ingolstadt)** (SPD)

Sind es die jüngsten Forschungsergebnisse über die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, die die Praxis der Traditionspflege der Bundeswehr in Frage stellen, ist es der bevorstehende 50. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitler-Faschismus, oder welche sonstigen Gründe veranlassen die Bundesregierung, dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages die seit einem Jahr vorliegende Studie des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes nebst einer zusätzlich vom Bundesminister der Verteidigung angeforderten ergänzenden Untersuchung über die Rolle des Generals Dietl im Zweiten Weltkrieg vorzuenthalten?

20. Abgeordneter **Hans Büttner (Ingolstadt)** (SPD)

Plant die Bundesregierung im Rahmen des in der Abstimmung mit den Ländern befindlichen Standortkonzeptes die Schließung der General-Dietl-Kaserne in Füssen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

21. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Aussagen der Evangelischen Kirche in Deutschland bestätigen, daß nur „noch etwa 30 Prozent aller Zivildienstleistenden an einem Einführungslehrgang teilnehmen" (Süddeutsche Zeitung vom 31. März 1995), und wie viele junge Männer haben 1994 einen solchen Lehrgang besucht?

22. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß zukünftig alle Zivildienstleistenden einen Einführungslehrgang besuchen können, und welche Finanzmittel werden gebraucht, um dieses Ziel zu erreichen?

23. Abgeordnete **Dr. Angelika Köster-Loßack** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß während der Weltfrauenkonferenz in Beijing Fragen nach den von der chinesischen Regierung begangenen Menschenrechtsverletzungen an Frauen thematisiert werden, und wie wird sich die Bundesregierung zur Frage der Zwangsabtreibungen in China, die das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit von Frauen negieren, verhalten?

24. Abgeordnete **Dr. Angelika Köster-Loßack** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchen Mitgliedern setzt sich die offizielle deutsche Delegation zur Weltfrauenkonferenz in Beijing zusammen, und wird die Bundesregierung sicherstellen, daß Frauen mit ausgewiesenen frauenpolitischen Kenntnissen aus Nichtregierungsorganisationen der Delegation angehören?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

25. Abgeordneter **Benno Zierer** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, eine umfassende zukunftsorientierte Verkehrskonzeption zu erstellen mit dem Ziel, die prognostizierte erschreckende Zunahme des Individual- und Güterverkehrs auf der Straße durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden, die Schiene als Verkehrsträger leistungsfähiger zu gestalten sowie dadurch und durch die Forcierung des sog. „Drei-Liter-Autos" den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich zu senken?

26. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)** (F.D.P.)

Was unternimmt die Bundesregierung konkret, um die Verordnung der EWG Nr. 2407/92 abzuschaffen, nach der eine Betriebsgenehmigung nur erteilt bzw. aufrechterhalten wird, wenn nachweisbar mehr als 50% des Aktienkapitals der betreffenden Fluggesellschaft mehrheitlich im Besitz europäischer Bürger oder Institutionen sind und diese das Unternehmen auch tatsächlich kontrollieren?

27. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)** (F.D.P.)

Hält es die Bundesregierung für aussichtsreich, die deutschen EU-Kommissare und/oder das Europäische Parlament mit dieser Thematik zu befassen, um Nachteile der Bundesrepublik Deutschland bei der völligen Privatisierung der Deutschen Lufthansa zu vermeiden?

28. Abgeordneter **Hans Peter Kemper** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Bürgerinnen und Bürger aus Staaten, die nicht Mitgliedstaaten der EU und nicht in der Anlage XXVII der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) aufgelistet sind, nach Begründung des ständigen Aufenthaltes in Deutschland hier ein Jahr lang ein Kraftfahrzeug führen dürfen, bevor sie eine deutsche Fahrerlaubnis erhalten können, obwohl in zahlreichen der genannten Staaten die Voraussetzungen für den Erwerb des Führerscheins, insbesondere bei der Ausbildung und Prüfung, in keiner Weise dem deutschen Niveau entsprechen?

29. Abgeordneter **Hans Peter Kemper** (SPD)

Hält die Bundesregierung den vorgenannten Personenkreis dennoch für fähig, sicher am Straßenverkehr in Deutschland teilzunehmen, und wenn ja, warum wird dann nach Ablauf eines Jahres eine komplette Fahrerlaubnisprüfung von ihm verlangt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

30. Abgeordneter **Benno Zierer** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zum flächendeckenden Ausbau eines Breitband-Kommunikationsnetzes („Information-Highway") in Deutschland und dem damit verbundenen Angebot an Datenservice und Unterhaltung, und welche Pilotprojekte sind vorgesehen?

31. Abgeordneter **Erwin Marschewski** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß der Betrieb von Mobiltelefonen – sog. „Handys" – für Benutzer und Dritte gesundheitliche Nachteile haben kann, und falls ja, welche?

32. Abgeordneter **Erwin Marschewski** (CDU/CSU)

Gibt es insbesondere Anzeichen dafür, daß Handys Tumore auslösen, den Verlauf bereits vorhandener Krebserkrankungen negativ beeinflussen oder durch im Kopfbereich ausgelöste Wärmereflexionen akute Augenerkrankungen (z. B. „Grauen Star") verursachen können?

33. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter Umweltgesichtspunkten die Umsetzung des neuen Frachtkonzepts der Deutschen Post AG, nach dem allein für den Regionalbereich Karlsruhe 170 Postzüge wegfallen und durch den LKW-Transport auf der Straße ersetzt werden?

34. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)

Welche Frachttonnagen der Deutschen Post AG werden damit für die Bundesrepublik Deutschland auf die Straße verlegt, und welche Schadstoffbelastungen werden durch die zusätzlichen LKW-Fahrten verursacht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

35. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit den Universitäten die Möglichkeit eröffnet wird, für die Einschreibung zu bestimmten Studiengängen die hierfür erforderliche Mindestqualifikation zusätzlich zur allgemeinen Hochschulreife vorzuschreiben (z. B. Erfordernis des Latinums für das Studium der Altphilologie)?

36. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den technischen Schwierigkeitsgrad, um aus Uransilizid (U_3Si_2)-Brennelementen waffenfähiges Uran zu gewinnen?

37. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)

Welche Voraussetzungen müssen deutsche Wissenschaftler erfüllen bzw. im Vorfeld erfüllt haben, um Messungen an der Hochflußneutronenquelle in Grenoble (ILL) durchführen zu können, und wie lange sind derzeit die Wartezeiten auf einen freien Forschungsplatz in Grenoble?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

38. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung das Leugnen jedweder Kenntnis der schweren Vorwürfe des „SPIEGEL" vom 10. April 1995 durch Staatsminister Bernd Schmidbauer und die Leitung des BND im Lichte des Eingeständnisses, das die Bundesregierung mir auf meine Fragen 6 und 7 in Drucksache 12/8472 gegeben hatte?

39. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Wann wurde der Bundeskanzler in seiner Ressortverantwortung für den Bundesnachrichtendienst, nachdem er am 19. Juli 1995 wegen des Tengener Zufallfundes von wenigen Gramm radioaktiven Materials einen persönlichen Brief an den russischen Präsidenten geschrieben hatte, davon informiert, daß in München mit Amtshilfe des BND von einem Scheinkäufer des bayerischen Landeskriminalamtes über den Ankauf von mehreren Kilo Plutonium verhandelt wurde, und was ist daraufhin veranlaßt worden?

40. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Äußerungen von Staatsminister Bernd Schmidbauer zum Münchner Plutoniumhandel am 25. August 1994 in der Tagesschau: „Es gibt keinen einzigen Fall, wo V-Leute aufgekauft hätten oder V-Leute im Spiel (waren), auch nicht als Käufer aufgetreten sind – das ist doch der interessante Punkt –, so daß die absurde Idee, daß ein Scheinmarkt entsteht durch staatliche Stellen . . . Ich weiß nicht, wer dieses Wissen hat. Wenn es jemand hat, dann soll er es uns auf den Tisch legen, dann können wir diesen Dingen nachgehen.", und wie beurteilt die Bundesregierung das Risiko, daß durch den Einsatz verdeckter Ermittler und V-Leute, die bei einem Scheinkauf tätig werden und bis zu 500 Mio. DM in Aussicht stellen, nukleares Material im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion erst entzogen wird?

41. Abgeordneter **Dr. Peter Struck** (SPD)

Trifft es zu, daß zu dem Münchener Plutoniumhandel beim BND die Tarnbezeichnung „Operation Hades" geführt wird, und seit wann sind Erkenntnisse dazu gespeichert worden?

42. Abgeordneter **Dr. Peter Struck** (SPD)

Welchen Inhalt hatten die ersten Hinweise an Staatsminister Bernd Schmidbauer und Präsident Konrad Porzner auf den späteren Münchener Plutoniumhandel?

43. Abgeordneter **Reinhard Weis (Stendal)** (SPD)

Trifft es zu, daß der Leiter der BND-Residentur in Madrid einen Brief nach Pullach geschrieben hat, in dem er davor gewarnt hat, daß „die beiden Händler das Territorium der Bundesrepublik am 20. Juli verlassen", und wann ist dieser Brief in Pullach eingegangen?

44. Abgeordneter **Reinhard Weis (Stendal)** (SPD)

Trifft es zu, daß bei Staatsminister Bernd Schmidbauer angefragt worden ist, wieviel Geld Hinweise auf Nuklearschmuggel wert seien, und wann ist diese Anfrage ggf. erfolgt?

45. Abgeordnete
Katrin Fuchs (Verl)
(SPD)

Von wem und wie wurde die Fach- und Dienstaufsicht zu den Vorgängen um den Münchener Plutoniumhandel ausgeübt?

46. Abgeordnete
Katrin Fuchs (Verl)
(SPD)

In welcher Weise war das Referat 11 A des BND damit befaßt, und welche Aufgaben hat dieses Referat?

47. Abgeordnete
Anke Fuchs (Köln)
(SPD)

Was ist über den Produktions- und Herkunftsort des Plutoniums inzwischen bekanntgeworden?

48. Abgeordneter
Wolf-Michael Catenhusen
(SPD)

Hat Staatsminister Bernd Schmidbauer dem BND untersagt, als Nachfrager von illegal angebotenem Nuklearmaterial aufzutreten?

49. Abgeordneter
Wolf-Michael Catenhusen
(SPD)

Trifft es zu, daß Mitarbeiter des BND im Zusammenhang mit dem Münchener Plutoniumhandel eine förmliche Belobigung erhalten haben?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

50. Abgeordneter
Dr. Friedbert Pflüger
(CDU/CSU)

Was wird vom Auswärtigen Amt unternommen, um die deutschsprachige Willy-Brandt-Schule in Warschau so schnell wie möglich mit einer Sekundarstufe II auszustatten, um damit den Standort Warschau für deutsche Führungskräfte und ihre Familien attraktiver zu gestalten?

51. Abgeordneter
Dr. Friedbert Pflüger
(CDU/CSU)

Ist es möglich – da 24% der Schüler österreichischer bzw. schweizerischer Staatsangehörigkeit sind –, eine Kooperation mit Österreich und/oder der Schweiz einzugehen, um die Finanzierung der nötigen Lehrkräfte sicherzustellen?

52. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit der deutschen Willy-Brandt-Schule in Warschau die Erlaubnis erteilt wird, eine gymnasiale Oberstufe einzurichten?

53. Abgeordneter **Dr. Hansjörg Schäfer** (F.D.P.)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Mißbrauch des Artikels 73 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, wonach die US-Streitkräfte Arbeiten an amerikanische Vertragsfirmen übertragen, deren Mitarbeiter weder Lohnsteuer noch Sozialabgaben zahlen und deren Tätigkeit zur Entlassung von deutschen Arbeitnehmern führt?

54. Abgeordneter **Dr. Hansjörg Schäfer** (F.D.P.)

Beabsichtigt die Bundesregierung, diesen Mißbrauch durch eine Änderung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut abzuschaffen, und welche Maßnahmen sind zum Schutz der betroffenen deutschen Arbeitnehmer geplant?

55. Abgeordneter **Otto Reschke** (SPD)

Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß wegen der andauernden Menschenrechtsverletzungen in der Türkei – zuletzt wieder dokumentiert durch das „Verschwindenlassen" eines türkischen Staatsangehörigen am 21. März 1995 durch die Istanbuler Polizei – der türkische Botschafter zur Abgabe einer Stellungnahme in das Auswärtige Amt einberufen werden sollte?

56. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Auswirkungen hatte das Agieren deutscher Behörden auf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rußland?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

57. Abgeordneter **Frederick Schulze** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über Transferleistungen einer im Deutschen Bundestag vertretenen Partei nach Libyen vor?

58. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)

Ist es zutreffend, daß beim Bundeskriminalamt und einigen Bundesländern eine sogenannte „Rechtstatsachensammelstelle" eingeführt werden soll mit dem Ziel, die Wirkung der neuen Eingriffsbefugnisse der Polizei zu prüfen, die u. a. mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und dem Verbrechensbekämpfungsgesetz eingeführt wurden?

59. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)

Ist es zutreffend, daß die vorbereitende Projektgruppe vorgeschlagen hat, „auf eine systematische Erhebung des Erfolges . . . wird verzichtet", weil die mangelnde Konkretisierbarkeit des Erfolges bei Maßnahmen der genannten Art „auch zu rechtspolitisch unerwünschten Konsequenzen führen" könne, nämlich z. B. zur Einschränkung der Telefonüberwachungsmaßnahme?

60. Abgeordneter
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
(F.D.P.)

Welche Verfahren der systematischen Aufgabenkritik in bezug auf die staatliche Tätigkeit nutzt die Bundesregierung, und ist geplant, die Aufgabenkritik in geeigneter Form zu institutionalisieren?

61. Abgeordneter
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
(F.D.P.)

Kann die Bundesregierung die Prinzipien benennen, die ihrer Aufgabenkritik zugrunde liegen, und darlegen, welche Bedeutung die verschiedenen Formen die Privatisierung in diesem Zusammenhang haben?

62. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung des „Clipper Chip" in den USA, und plant die Bundesregierung Maßnahmen zur Überwachung des elektronischen Nachrichtenverkehrs innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland?

63. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Forderungen nach (europaweiter) Einführung gesetzlicher Regelungen analog des US-amerikanischen „Freedom of information act" zur Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger auch bei einem extensiven Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen und Behörden gewahrt bleiben werden?

64. Abgeordnete **Cornelia Schmalz-Jacobsen** (F.D.P.)	Welche Instrumentarien der Personalplanung und Personalentwicklung werden in der Bundesverwaltung angewendet, um eine möglichst effektive Auswahl und einen sinnvollen Einsatz der Bediensteten zu gewährleisten?
65. Abgeordnete **Cornelia Schmalz-Jacobsen** (F.D.P.)	Ist die Bundesregierung bereit, den öffentlichen Dienst attraktiver für überdurchschnittlich begabte junge Menschen zu machen, indem sie diesen eine bessere Bezahlung anbietet und so die Konkurrenzfähigkeit zur privaten Wirtschaft wiederherstellt?
66. Abgeordneter **Freimut Duve** (SPD)	Bleibt die Bundesregierung bei der Antwort, die sie mir auf meine Fragen 6 und 7 in Drucksache 12/8472 gegeben hatte, wonach ihr „keine Erkenntnisse vorliegen, daß Mitarbeiter der Polizei deutsche Bürger oder die Bürger anderer Staaten zu strafbaren Handlungen im Zusammenhang von Nuklear-Ankauf verleitet haben"?
67. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (F.D.P.)	Welche deutschen Dienststellen und Behörden sind bisher mit dem sogenannten „Plutoniumschmuggel" vom August 1994 befaßt gewesen?
68. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (F.D.P.)	Welche deutsche Dienststelle war koordinierend tätig, um den sogenannten „Plutoniumschmuggel" aufzuklären?
69. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	In welcher Weise haben Bundesbehörden zur Aufklärung des im Sommer 1994 in München schließlich gestoppten Plutonium-Transfers mit spanischen und russischen Dienststellen zusammengearbeitet, wenn nicht, warum ist eine solche Zusammenarbeit unterblieben?
70. Abgeordneter **Günter Verheugen** (SPD)	Trifft die Äußerung des bayerischen Innenministers Dr. Günther Beckstein in der Sendung „Menschen hinter den Schlagzeilen" in SAT 1 am 18. April 1995 zum Münchener Plutoniumhandel zu: „Wir haben das auch nicht im Alleingang gemacht, . . ., das Bundeskriminalamt war eingebunden", und in welcher Weise haben das Bundeskriminalamt und das bayerische Landeskriminalamt dabei zusammengearbeitet?
71. Abgeordneter **Günter Verheugen** (SPD)	Haben spanische Stellen der Bundesregierung bei der Klärung der Vorgeschichte der Münchener Plutoniumaffäre Hilfe angeboten oder verweigert?

72. Abgeordneter **Dr. Max Stadler** (F.D.P.)

Nutzt die Bundesregierung die Befristung von Rechtssetzungen als Hilfsmittel zum Abbau der Regelungsdichte, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Instrument?

73. Abgeordneter **Heinz Lanfermann** (F.D.P.)

Wendet die Bundesregierung in ihrem Zuständigkeitsbereich als Methode verbesserter Steuerung Instrumentarien des Controlling an, oder plant sie die Einführung solcher Verfahren?

74. Abgeordneter **Heinz Lanfermann** (F.D.P.)

Verwendet die Bundesregierung in ihrem Zuständigkeitsbereich andere als finanzielle Analyseinstrumente zur Ermittlung der Effektivität der Verwaltung,.und wie steht sie zu solchen Kennungen nichtmonitärer Art?

75. Abgeordneter **Jürgen W. Möllemann** (F.D.P.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung von differenzierten Genehmigungsverfahren, bei denen der Antragsteller je nach Bedarf zwischen verschiedenen Angeboten wählen kann, und ist die Bundesregierung bereit, die dafür notwendigen Änderungen etwa im Verwaltungsverfahrensgesetz vorzunehmen?

76. Abgeordneter **Jürgen W. Möllemann** (F.D.P.)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Instrument der Genehmigungsfiktion, also der Annahme einer Genehmigung nach bescheidungslosem Ablauf einer festgelegten Frist, und plant die Bundesregierung, solche Genehmigungsfiktionen verstärkt einzuführen?

77. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (F.D.P.)

Da die Koalitionsfraktionen die Verschlankung des Staates auf ihre Fahnen geschrieben haben, wüßte ich gerne, was die Bundesregierung unternimmt, um Länder und Kommunen dazu anzuhalten bzw. dabei zu unterstützen, daß diese ebenfalls einen umfassenden Beitrag zur Verschlankung des öffentlichen Sektors leisten?

78. Abgeordneter **Ulrich Heinrich** (F.D.P.)

Hat die Bundesregierung Vorstellungen, wie die stetig notwendige Anpassung der Verwaltung an sich verändernde Rahmenbedingungen zu einer beständigen Aufgabe gemacht werden kann, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

79. Abgeordnete
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung Förderrichtlinien geschaffen bzw. Gelder zur Verfügung gestellt, um wirtschaftliche Härten für Kommunen wie in Ansbach und Umgebung zu vermeiden, die für zurückgelassene Altlasten der US-Army, wozu auch überproportional angefallener Hausmüll gehört, einstehen müssen?

80. Abgeordnete
Ina Albowitz
(F.D.P.)

In welchen Bereichen innerhalb der Zuständigkeit der Bundesverwaltung findet eine finanzielle Bilanzierung der Administrationsarbeit, also eine Gegenüberstellung von Aufwand und Ergebnis, statt, und hat die Bundesregierung Pläne, die Kostenrechnung als Instrumentarium der Aufgabenkritik auf weitere Bereiche auszudehnen?

81. Abgeordnete
Ina Albowitz
(F.D.P.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung der Doppik statt der Kameralistik als Steuerungsinstrument der öffentlichen Verwaltung, und ist die Bundesregierung bereit, entsprechende Abänderungen des Haushaltsrechts vorzunehmen?

82. Abgeordneter
Dr. Max Stadler
(F.D.P.)

Für welche Einrichtungen in der Zuständigkeit des Bundes findet eine globale Zuweisung der Mittel (Budgetierung) statt, und will die Bundesregierung dieses Instrument der eigenverantwortlichen Mittelverwendung auch auf weitere Bereiche ausdehnen?

83. Abgeordneter
Dr. Gerald Thalheim
(SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Privatisierung des ehemals volkseigenen Waldes in den neuen Bundesländern durch die Bodenverwertungs- und-verwaltungsgesellschaft (BVVG) den Zuschlag für den möglichen Erwerber von einer Übernahme der jeweils vorhandenen Forstbeschäftigten abhängig zu machen?

84. Abgeordnete
Anke Fuchs (Köln)
(SPD)

Welche Überlegungen sind angestellt worden, um die Einfuhr von Plutonium in die Bundesrepublik Deutschland zu verhindern?

Bonn, den 21. April 1995

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 6044, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333